

Neue soziale Frage

Jobs Die Digitalisierung krepelt den Arbeitsmarkt um und stellt den Sozialstaat vor neue Herausforderungen. In einem Strategiepapier sucht das Arbeitsministerium nach Lösungen.

Das Mannequin verschränkt die Arme und senkt seinen Blick. Die Kamera klickt, eine Minute lang richtet sich das Objektiv auf das Model. Doch das Foto auf dem Bildschirm wird anschließend nicht sein Gesicht zeigen, zu sehen ist lediglich die Uhr mit dem silbernen Zifferblatt, die das schmale Handgelenk zielt. In der Berliner Bildfirma Zuumeo zählt nur das Produkt.

Zuumeo hat sich auf die Ausstattung von digitalen Schaufenstern spezialisiert. Das Unternehmen fotografiert und beschriftet das Sortiment von Onlineshops, rund 70 Kunden schicken dafür ihre Waren hierher. In den Hallen der Firma in Friedrichshain arbeiten rund hundert fest angestellte Grafiker und Texter Tisch an Tisch mit Freiberuflern, die aus einem „Freelancer Pool“ gespeist werden. Für Zuumeo-Geschäftsführer Ferdinand von Humboldt sind sie Aushilfen für stressige Phasen: schnell einzusetzen, schnell zu entlassen, vergütet nach ihrer Leistung. Sie sind die Arbeiter aus der neuen Digitalwelt.

Einst startete Zuumeo als Tochterunternehmen des Onlineversandhauses Zalando. Seit Mitte 2013 ist es eigenständig – und heuert nun selbst Dienstleister an. Auch in Asien gibt es Auftragnehmer, die T-Shirts am Computer umfärben. Die Arbeiter dort retuschieren 24 Stunden am Tag, an sieben Tagen in der Woche – für den Bruchteil des Preises, den ein Freiberufler in Deutschland kostet.

In der Arbeitswelt ist die Zukunft längst Gegenwart, seit Unternehmen ihre Aufträge über das Internet weltweit outsourcen, Menschen am Fließband neben einem Roboter stehen und Maschinen über das Netz selbst melden, wann sie Ersatzteile brauchen. Und sie betrifft nicht nur die Industriebeschäftigten, sondern auch die über 70 Prozent der Erwerbstätigen, die in Dienstleistungsberufen arbeiten.

Die Revolution in Fabriken und Büros ist eine Frage, die nun auch die Bundesarbeitsministerin umtreibt. Was die Digitalisierung für den Sozialstaat deutscher Prägung bedeutet, will Andrea Nahles (SPD) zu ihrem Thema machen. Es gehe um eine „Gestaltungsfrage“, die die Politik stellen müsse, denn sie habe das Primat: „Wie wollen wir morgen arbeiten?“, sagt Nahles.

In einem Grünbuch hat sie auf 90 Seiten aufschreiben lassen, welchen Problemen sich die Politik künftig stellen muss. „Arbeiten 4.0“ – so steht es auf dem Deckblatt. Es geht darin um nichts Geringeres als die



Ministerin Nahles

Frage, wie die Arbeit in der Zukunft aussehen wird – und welche Arbeit die Zukunft überhaupt noch zulässt. Sicher ist schon heute: Kaum ein Job bleibt unberührt, und die Politik steht vor jeder Menge neuer Fragen.

So will das Ministerium prüfen, welche Berufe die Digitalisierung vernichten und welche neuen Stellen sie hervorbringen wird. Es will herausfinden, was es für die Sozialkassen bedeutet, wenn die Zahl der neuen Selbstständigen wie der Clickworker steigt – und es will ausloten, ob das deutsche Arbeitsrecht noch in eine Zeit passt, in der viele Beschäftigte nicht nach Stunden, sondern nach Projekten und Ergebnissen bezahlt werden. Am Ende soll es darum gehen, ein „Neues Normalarbeitsverhältnis“ zu definieren, eine Aufgabe, die auch Nahles eigenen Parteigängern einiges abverlangen wird. Von einer „Evolution des Sozialen“ ist in dem Papier die Rede.

Dabei ist das Grünbuch, das Nahles am kommenden Mittwoch vorstellen wird, nur ein Anfang. So will das Ministerium etwa mit Wissenschaftlern und Praktikern diskutieren – und Bürger in zweistündigen Interviews befragen lassen. Aus den Ergebnissen will Nahles bis Ende 2016 eine politische Handlungsanleitung erstellen.

Es ist kein Zufall, dass die nächste Bundestagswahl dann ziemlich nahe rückt.

Zum ersten Mal besetzen die Sozialdemokraten ein Thema, das noch nicht abschließend durch den Koalitionsvertrag gewalkt wurde. Dass sie sich damit auch von der Union absetzen, ist kalkuliert. Schon seit Wochen ist die SPD auf der Suche nach einem neuen Thema. Seit Mindestlohn und Rente mit 63 Gesetz sind, hat die SPD ihr Soll für die Mühseligen und Beladenen erfüllt, meint Nahles. Das neue Konzept soll die arbeitende Mitte wieder für die SPD erwärmen, die sich die bange Frage stellt, was bleibt, wenn der engste Kollege ein Computer ist.

Früher trafen Rationalisierungswellen durch technologischen Fortschritt vor allem Geringqualifizierte. Heute garantiert Wissen nicht mehr einen zukunftssicheren Beruf. Auch die Jobs von Ärzten, Lehrern oder Ingenieuren können durch Algorithmen bedroht werden.

Zugleich gerät das traditionelle Leitbild des Industriearbeiters – langfristige Festanstellung mit steigenden Löhnen und planbarem Ruhestand – unter Druck. Die Grenzen zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen verschwimmen. In der digitalisierten Welt gewinnt ein neuer Typus von Selbstständigen an Bedeutung: Es sind Unternehmer in eigener Sache, die doch abhängig bleiben.

Zu einer anderen Zeit hätte man das Geschäftsmodell von Ines Jachomowski vielleicht Heimarbeit für Hausfrauen genannt. Heute verdient sie am Küchentisch ihrer Rostocker Mietwohnung fast genauso viel wie ihr Partner, der in einem IT-Unternehmen fest angestellt ist: rund 1200 Euro netto im Monat. Jachomowski, 37 Jahre alt, zwei kleine Kinder, hat das Internet verstanden.

Das Netz benötigt Inhalte, Gebrauchstexte für Blogs oder Onlinelexika. Jachomowski schreibt über Mode und Pflanzenzucht, für Brandschutzfirmen oder Hersteller von GPS-Ortungsgaräten. Sie verfasst Studienratgeber, ganze E-Books oder Zweizeiler für Onlineshops.

Das Problem ist: Die gesetzlichen Sozialversicherungen wie die Rente fußen auf der Idee, dass Arbeitnehmer mit festen, dauerhaften Verträgen Beiträge in das Sozialsystem zahlen. Was aber, wenn diese Verträge gar nicht mehr der Regelfall sind?

Angesichts der Digitalisierung wird die Zahl der Solo-Selbstständigen steigen. Viele Kleinstunternehmer verdienen aber

so wenig, dass ihnen eine Altersvorsorge zu teuer erscheint – und sie im Zweifel ganz darauf verzichten. Spätestens im Alter sind sie dann auf Stütze vom Staat angewiesen.

Bunte Erwerbsbiografien und Solo-Selbstständigkeit machten die Absicherung über klassische Sicherungssysteme schwieriger, sagt Nahles. Dabei stellt sich für die SPD-Politikerin auch die Frage nach dem Verhältnis von Bürger und Staat: „Wie viel Eigenverantwortung lässt die Gesellschaft dem Einzelnen, für den sie im Notfall dann doch solidarisch da sein will und muss?“

Die Sozialkassen müssen fürchten, dass umso weniger Geld in ihre Kassen fließt, je mehr die neuen Arbeitsformen zunehmen. Nötig sind deshalb, so heißt es in dem Ministeriumsfahrplan, „langfristige Strategien zur Sicherung der Einnahmehasis der gesetzlichen Rentenversicherung“.

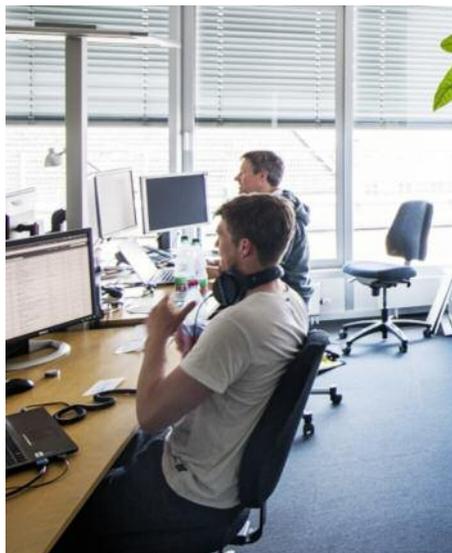
Dabei sehen die Nahles-Leute zwei Wege: Wenn ein Projektmitarbeiter als normaler Beschäftigter gelten würde, müsste seine Firma die Beiträge abführen – und er wäre automatisch über die gesetzliche Rentenkasse abgesichert. Dazu müsste neu festgelegt werden, was als reguläres Arbeitsverhältnis gilt.

Die andere Variante wäre, die Solo-Selbstständigen zu verpflichten, in die Rentenkasse einzuzahlen. Allerdings dürfte das Projekt nicht ganz einfach werden. Noch in der schwarz-gelben Koalition wollte die damalige Sozialministerin Ursula von der Leyen Selbstständige dazu verdonnern, eine Versicherung für das Alter abzuschließen. Statt Beifall erntete sie Protest: Vor allem Kleinunternehmer sammelten im Internet mehr als 80 000 Unterschriften gegen das Vorhaben. Auch das war eine Spielart der Digitalisierung. Am Ende verschwanden die Pläne in der Schublade.

So zeigt sich das Kernproblem der neuen Arbeitswelt: Clickworker und die neuen Selbstständigen sammeln sich auf Plattformen. „Aber Netzwerke schaffen noch keine Kollektive“, wie ein Gewerkschafter sagt. Und die neue Arbeitswelt stellt auch die althergebrachte Form der Mitbestimmung vor neue Probleme.

In der Softwarefirma Seibert Media in Wiesbaden dokumentieren die Angestellten jeden ihrer Arbeitsschritte digital. In Grafiken und Tabellen, auf Pappkarten und Tablets geben sie an, woran sie im Augenblick basteln und was sie für die kommenden zwei Wochen planen.

Wer hier arbeitet, muss bereit sein, sich auf volle Kontrolle einzulassen. Der Lohn dafür ist Mitbestimmung. Bei Seibert Media kennen die Arbeitnehmer alle Unternehmenszahlen. In Teams dürfen sie selbst entscheiden, wie sie ihre Arbeitskraft und ihre Mittel einsetzen. Jeder hat eine Stimme. „Dieses Image pflegen wir“, sagt Ge-



Maschinenfabrik, Softwarefirma

Kein Winkel der Arbeitswelt bleibt verschont

schäftsführer Martin Seibert. Es verkauft sich gut.

Vor acht Jahren hat Seibert begonnen, sein klassisches Unternehmen umzuwandeln. Seither lässt er jeden Mitarbeiter und jeden Kunden online beobachten, ob die Teams ihre selbstgesteckten Ziele erreichen. Sie nutzen dazu ein einfaches Diagramm: Eine blaue Linie zeigt, welche Arbeit getan werden soll. Eine rote, wie viel geschafft ist. Große Lücken werfen Fragen auf – auch in der Belegschaft. Denn alle Beschäftigten sind am Gewinn beteiligt.

Nach der Umstellung mussten bei Seibert Media einige Mitarbeiter gehen. Einen Betriebsrat gibt es nicht. Überflüssig, sagt Seibert. Nur: Ersetzt ein digitales Netzwerk, in dem alle über alle wachen, wirklich die traditionelle Mitarbeitervertretung mit ihren gesetzlich verbrieften Rechten? Nicht nur Gewerkschafter stellen daher die Frage, ob die Digitalisierung zu einer neuen Form des kooperativen Arbeitens führt – oder zu einer Totalkontrolle der Beschäftigten.

Für Nahles ist die Antwort klar: Die Mitbestimmung muss erhalten werden. Die

Frage ist aber, wie sie auf eine Welt des vernetzten Arbeitens übertragen werden kann und welche neuen Formen der Mitsprache möglich sind.

Viele Antworten auf die Digitalisierung der Arbeitswelt müssen erst gefunden werden: Kein Bereich des Sozialstaats bleibt von ihr unberührt, kein Winkel der Arbeitswelt verschont. Ob die Digitalisierung am Ende mehr Gewinner als Verlierer produziert, darüber entscheidet nicht die Technik, sondern auch die Politik.

Die Digitalisierung, so das Grünbuch, erfordere „ein positiv beschreibbares Zukunftsbild und einen langfristigen politischen Gestaltungswillen“. Die Technik schaffe nur Möglichkeiten der Veränderung: Welche Auswirkungen diese haben, sei „durch Gesellschaft und Politik gestaltbar“.

Wenn alte Tätigkeiten durch den Computer ersetzt werden, müssen die Menschen in der Lage sein, die neuen Aufgaben zu bewältigen. Das ist das Fazit, das sich aus dem Grünbuch ziehen lässt. Nur dauerhafte Weiterbildung und Qualifizierung werden dabei helfen, ganz gleich, ob die Beschäftigten den Status von fest angestellten Arbeitnehmern oder von Selbstständigen haben.

Auf dem Kinn von Martin Lang stehen Schweißperlen, obwohl er am Computer arbeitet. Die Industriemaschine, die er damit bedient, kann sowohl drehen als auch fräsen, sie kann alles auf einmal, und Lang muss sich konzentrieren. Nur ein Zahlenfehler, und das Hightech-Gerät fährt in die falsche Richtung. Die Reparatur kostet dann 50 000 Euro.

In der Maschinenfabrik Reinhausen in Regensburg baut Martin Lang Spezialteile für Umspannwerke. Vor 19 Jahren fing er hier als Zerspanungstechniker an, und seitdem musste er viel dazulernen. Denn das 1868 gegründete Familienunternehmen ist zu einer Smart Factory geworden. Während Lang und seine Kollegen früher ein Werkzeug nach dem anderen in die Maschinen spannten, werden sie heute bei ihrer Arbeit navigiert. Bildschirme an jeder Werkbank zeigen den Mitarbeitern, zu welchem Teil sie greifen müssen – mit Codenummer, Bauanleitung und 3-D-Ansicht.

Zu jedem neuen Gerät bekommt Lang eine Schulung. Auch das Computerprogramm, das alle Daten der Werkstücke kennt, lernte er zu bedienen. Einige Kollegen, die früher mit ihm in der Halle standen, haben 20, 30 Schulungen hinter sich. Mit den Informatikern optimieren sie nun die Software, die Maschinen und Mitarbeiter koordiniert.

Für viele ist es ein Aufstieg. Sie verbringen ihren Arbeitstag jetzt im Büro – nicht mehr als Dreher, sondern als „Value Factoring Consultant“.

Markus Dettmer, Kristiana Ludwig, Cornelia Schmergal